

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien ermöglichen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, auf europäischer und nationaler Ebene die Voraussetzungen zu schaffen, abgelehnte und kriminelle Asylwerber aus Afghanistan und Syrien in ihr Herkunftsland abzuschieben.

Begründung

Mehrere Messerattacken auf offener Straße durch Zugewanderte haben in Deutschland und Österreich für politische Diskussionen über die öffentliche Sicherheit gesorgt. Um diese Gefahren dauerhaft einzudämmen, ist eine selbstbewusste Asyl- und Migrationspolitik notwendig. Umfragen bestätigen den Willen der Bevölkerung, dass Asylwerber auch in die Länder Afghanistan und Syrien abgeschoben werden sollen, wenn kein Asylgrund vorliegt oder Straftaten begangen wurden.

Durch die konsequente Abschiebung von Straftätern soll gezeigt werden, dass kriminelles Verhalten nicht toleriert wird und sich die Bevölkerung auf unseren Rechtsstaat verlassen kann. Dazu benötigt die Politik ausreichend Werkzeuge und Handlungsfähigkeit, die auf europäischer und nationaler Ebene bereitgestellt werden müssen. Die Sicherheit der heimischen Bevölkerung muss an erster Stelle stehen.

Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, sollen jene Schutzsuchenden, die sich an Straftaten beteiligen oder sich als terroristische Gefährder betätigen, abgeschoben werden. Gleiches gilt für abgelehnte Asylwerber. Generell soll der Kern des Asylwesens als begrenzter Aufenthaltstitel wieder in den Vordergrund gerückt werden: Die Gewährung von Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Daueraufenthalt.

Linz, am 10. Juni 2024

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Gruber, Kroiß, Handlos, Schießl

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Stanek, Froschauer, Zehetmair, Manhal, Rathgeb